

Liste Fritz. Tirol

Pressespiegel

KW 22

26.05. bis 01.06.2025



Offiziell rund 350.000 Gästebetten bieten Tirols Beherbergungsbetriebe – inoffiziell womöglich auch deutlich mehr.

Symbole: Glock

Land darf Tirols Bettenburgen nicht prüfen

Wer kontrolliert, ob Hotels die Bettengrenze einhalten? Nur die Ortschefs und nicht das Land, sagt der Verfassungsdienst. Für Liste Fritz „unsinnig“.

Von Max Strozz

Innsbruck – Wie viele Urlauber verträgt Tirol? Im Streit um die Höchstzahl an Gästebetten hatte Altlandeshauptmann Günther Platter mit dem Ausrufen einer Betten-Obergrenze politisch die Pfosten eingeschlagen. Maximal 300 Gästebetten pro Hotel, und tirolweit sollte bei 300.000 Betten Schluss sein. Mittlerweile ist eine 300-Betten-Obergrenze für Hotels vom Tisch, weil rechtlich nicht verankert.

Und die Bettenzahl bewegt sich konstant jenseits der 350.000. Womöglich aber sogar deutlich darüber. Nachdem bekannt wurde, dass Luxushotels wie das Kempinski in Jochberg oder das Gradonna in Kals mehr Betten angeboten hatten, als ihnen die Widmung erlaubt, forderte die Liste Fritz die Landesregierung per Dringlichkeitsantrag auf zu prüfen, ob sämtliche Tiroler Großhotels die genehmigte Bettenanzahl auch einhalten. Kempinski und Gradonna

„Eine Zuständigkeitsverschiebung für Kontrollen zur Landesregierung wäre [...] bundesverfassungsgesetzlichen Gründen verwehrt.“

Verfassungsdienst des Landes

seien laut Liste Fritz nämlich „nur die Spitze des Eisbergs“.

Keine Kontrolle durch Land

Für die Bettenkontrollen sieht sich das Land allerdings nicht zuständig, wie nun aus einer Auskunft des Verfassungsdienstes des Landes hervorgeht. Denn eine verbindliche Festlegung der maximalen Bettenanzahl erfolge mit dem Baubescheid der zuständigen Baubehörde, für die Kontrollen seien daher die jeweiligen Bürgermeister bzw. in Innsbruck der Stadtmagistrat zuständig. Die Zuständigkeit in baupolizeilichen Angelegenheiten sei verfassungsrechtlich „zwingend den

„Dass die Landesregierung die Bettenobergrenzen vorgibt, sie aber nicht kontrollieren kann, passt nicht zusammen. Das ist unsinnig und unglaublich.“

Markus Sint (Liste Fritz)

Gemeinden im eigenen Wirkungsbereich zuzuordnen“, so der Verfassungsdienst. Bettenkontrollen durch die Landesregierung seien daher verfassungsgesetzlich gar nicht möglich. Und auch die Gemeindeaufsicht könne die Gemeinde nicht dazu auffordern, die Bettenzahl ohne Anlass zu kontrollieren.

Für Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint ist dies ein unbefriedigender Zustand. „Es gibt bei Großhotels Sonderwidmungen, die das Land als Gesetzgeber definiert hat und die eine Höchstzahl an Betten vorgeben“, sagt Sint: „Dass die Landesregierung die Bettenobergrenzen vorgibt, sie dann

aber gar nicht kontrollieren kann – das passt nicht zusammen, das ist unsinnig und unglaubwürdig.“

Bei der Kontrolle gehe es nicht um Missgunst gegenüber Unternehmern, sondern um eine grundsätzliche Frage zur Kontrolle von Gesetzen. „Die Landesregierung weiß nicht, wie viele Betten tatsächlich angeboten werden, und sie will es auch gar nicht wissen“, kritisiert Sint.

Wirtschaftskammer blitzt ab

Dass eine Bettengrenze Sinn macht, bestätigt auch der Verfassungsdienst. Er sagt nämlich Nein zum Vorschlag der Wirtschaftskammer, Hotels nicht die Bettenzahl vorzuschreiben, sondern auf „vermietbare Wohneinheiten“ umzustellen. Ein Ort müsse seine Infrastruktur danach ausrichten, wie viele Personen sie in Anspruch nehmen, so der Verfassungsdienst. Daher müsse er auch wissen, wie viele Personen in Hotels maximal nächtigen können.

Auf jeden zweiten Einwohner in Tirol kommt ein Gästebett

Beherbergungsbetriebe: Tirols Tourismus hatte laut Statistik Austria im Tourismusjahr 2023/24 (November 2023 bis Oktober 2024) rund 22.900 Beherbergungsbetriebe. Das waren um 0,5 Prozent mehr als im Jahr davor.

Gästebetten: 2023/24 boten Tirols Tourismusbetriebe insgesamt 355.700 Gästebetten an. Damit liegt Tirol immer noch deutlich über der Obergrenze von 300.000 Betten, die nach

der Corona-Pandemie als Ziel ausgegeben wurde. Damit kommt auf jeden zweiten Einwohner in Tirol ein Gästebett.

Urlauber und Nächtigungen: Im vergangenen Winter kamen von November bis Ende April 6,1 Millionen Urlauber nach Tirol und sorgten für rund 26,4 Millionen Nächtigungen. In einem vollen Jahr urlaubten zuletzt rund 12,4 Millionen Gäste in Tirol und sorgten für 48,7 Millionen Nächtigungen.

Österreich: In Österreich gibt es laut Statistik Austria etwa 71.900 Beherbergungsbetriebe – 42 % davon sind gewerblich, der Rest privat. Bundesweit werden 1,2 Millionen Gästebetten angeboten.

Gäste, Übernachtungen: Vergangenen Winter stieg die Zahl der Gäste bundesweit auf 20,6 Millionen, die Nächtigungen stiegen auf 72,3 Millionen. Übers Jahr betrachtet urlaubten 46,7 Mio. Personen in Österreich, bei 154,32 Mio. Nächtigungen.



6,1 Millionen Gäste urlaubten vergangenen Winter in Tirol. Foto: TU/Land

Land prüft Betten nicht

Innsbruck – Die Debatte um Bettenobergrenzen schwelt auf mehreren Ebenen. Zuletzt hatte die Liste Fritz von der Landesregierung gefordert, alle Großbeherbergungsbetriebe zu prüfen, ob sie die erlaubte Bettenzahl einhalten. Laut Verfassungsdienst des Landes dürfen aber nur die Ortschaften kontrollieren, nicht jedoch das Land. Dass das Land als Gesetzgeber die maximale Bettenzahl vorgibt, sie aber nicht kontrollieren kann, sei „unsinnig“, so die Liste Fritz. *(mas)*

[Mehr auf Seite 20](#)



Infrastrukturell wäre Innsbruck mit Olympiahalle & Co. wohl für die Austragung des ESC gerüstet. Die Kostenfrage wird aber sehr kontrovers diskutiert.

Foto: Thomas Böhm

Harmonie und Misstöne

Innsbrucks Dreierkoalition sieht große Chancen in einer ESC-Bewerbung. Doch im Gemeinderat setzte es auch scharfe Kritik. Entrüstung über FPÖ-Sager.

Innsbruck – „Kann und soll sich Innsbruck den Song Contest (ESC) leisten?“, Aktueller hätte das Thema der Aktuellen Stunde im gestrigen Gemeinderat, ausgewählt von der Liste Fritz, nicht sein können. Zwar ist der genaue Austragungstermin noch offen, der Anforderungskatalog des ORF einstündig. Doch seit Bürgermeister Johannes Anzengruber (JA) sogleich das Hohelied auf eine Bewerbung anstimmte, ist die Debatte voll entbrannt.

Andrea Haselwanter-Schneider (Liste Fritz) sprach von einem „PR-Gag“ des Bürgermeisters. „Erst wenn wir das Geld für das Notwendige haben, können wir darüber reden, ob wir uns Luxus leisten können“, meinte sie mit Blick auf die prekäre Lage von Sozialorganisationen oder Kulturschaffenden.

Anzengruber sieht im ESC hingegen die „einma-

lige Gelegenheit, ein europäisches Großereignis in die Stadt zu holen, das wirtschaftlich stärkt, kulturell verbindet, weltweit sichtbar macht und nachhaltig wirkt“. Sobald die Ausschreibung vorliege, „werden wir uns für ein passendes Angebot vorbereiten“. Wobei die Kosten-Anzengruber rechnet mit knapp 40 Mio. Euro – „fair und breit getragen“ werden müssten, verteilt auf Stadt, Land, Bund, Tourismus, Sponsoren, ORF und Rundfunkunion. Ob und wie der Gemeinderat vor einer konkreten Bewerbung noch befasst würde, blieb weiter offen.

Positiv äußerten sich auch die Koalitionspartner: Innsbruck sei „geradezu konkurrenzlos charmant“, meinte Alexander Auer (Grüne). Basel & Co. hätten gezeigt, dass es positive wirtschaftliche Effekte gebe. Voraussetzung seien aber ein „verpflichtendes Co-Finanzie-

rungsmodell mit Land und Bund“ und „nachvollziehbarer Mehrheit für die Bevölkerung“. So könnte die lokale Kulturszene „über viele Nebenveranstaltungen eingebunden werden“, meinte Dominik Pitttracher (SPÖ). Und vor einer Entscheidung brauche es „eine sehr gute Kos-

ten-Nutzen- und Risiko-Analyse“. Auch Markus Stoll vom oppositionellen „Neuen Innsbruck“ sieht eine „einmalige Chance“, wenn man es „richtig angeht“, mit „guten Konzepten, Beschlüssen und koordiniertem Vorgehen mit Land und ORF“.

Ganz anders Fabian Walch (FPÖ): Innsbruck habe schlicht kein Geld für den ESC. Und: Der Contest sei „schon lange kein Liederwettbewerb mehr“, stehe für „LGBTQ-Propa-

ganda“. Sieghancen habe nur noch, wer „auf Kriegsfuß mit der Biologie steht“.

Dejan Lukovic (Grüne) geißelte dies als „widerwärtigen Angriff“ auf die queere Community.

Gegen eine ESC-Bewerbung sprach sich Pia Tomedi (KPÖ) aus: „Innsbruck braucht eine Lösung der Wohnungskrise, nicht die nächste Touristenattraktion.“ Für Evi Koller (AL) ist völlig unklar: „Was bleibt, wenn die Scheinwerfer ausgehen?“ (md)



Foto: TT/Hubl

„Erst wenn alle Hausaufgaben in der Existenzsicherung gemacht sind, kann man über Groß-events nachdenken.“

Andrea Haselwanter-Schneider (Liste Fritz)



Foto: TT/Hubl

„Durch den ESC ist mit einem wirtschaftlichen Rückenwind zu rechnen, der weit über die Stadt hinauswirkt.“

Johannes Anzengruber (Bürgermeister, JA)



Foto: TT/Hubl

„Der Song Contest ist inzwischen nur noch ein Vehikel für eine besonders schrille und laute Community.“

Fabian Walch (Gemeinderat, FPÖ)

Der Songcontest im Gemeinderat

Wer wird Austragungsort des ESC 2026 in Österreich? Innsbruck diskutiert

Innsbruck als Austragungsort des ESC ist ein umstrittenes Thema. Beim nicht repräsentativen Mein-Bezirk-Stimmungsbarometer waren 54,13 % für und 45,87 % gegen Innsbruck als Austragungsort. Aber auch die Politik ist sich nicht einig. Bgm. Johannes Anzengruber arbeitet an einer möglichen Umsetzung der Idee, die Grünen zeigen sich positiv, „das neue Innsbruck“ fordert eine Bewerbung. LR Mario Geber sieht eine große Chance. Kritik an dem Engagement für den ESC kommt von der KPÖ, die FPÖ zeigt sich abwartend und die Liste Fritz will seriöse Prüfung, 70 Jahre ESC und 50 Jahre Olympische Winterspiele (in Innsbruck) stellen nach Anzengruber eine perfekte Verbindung dar.

Der Songcontest

Österreich nahm erstmals beim zweiten Bewerb des ESC im Jahr 1957 teil. Insgesamt neunmal zwischen 1969 und 2009 verzichtete

Österreich auf eine Teilnahme, zweimal war es nach den seinerzeitigen Regeln nicht qualifiziert. Dreimal holte Österreich den Sieg: 1966, 2014 und 2025. Mit dem Sieg von JJ soll der Jubiläums-ESC in Österreich stattfinden. Auf der Suche nach dem Veranstaltungsort wird der ORF eine rund 40-seitige Einladung an alle Landeshauptleute sowie Städte wie etwa Wels, Linz, Oberwart, Wien, Innsbruck übermitteln. Zum Anforderungsprofil gehört geeignete Logistik, Infrastruktur sowie Hotelkapazitäten mit internationaler (Flughafen-)Anbindung und Veranstaltungsräume. In fünf Tagen sollen zwölf ESC-Shows abgewickelt werden. Im Juni sollen drei Bewerber in das Endrennen gehen und der Sieger des Städte-Castings bis Juli feststehen.

Die Kosten

Im Fokus der Diskussion stehen die Kosten für den ESC. Die Ge-



Olympiaworld und Tivoli als möglicher Austragungsort? Foto: Olympiaworld

samtkosten für den heurigen Eurovision Song Contest werden mit rund 60 Millionen Franken (etwa 64 Millionen Euro) beziffert. Für die Ausrichterstadt Basel rechnet Dario Silic, Professor an der Swiss School of Business and Management in Genf, mit einem ökonomischen Profit von 60 Mio. Franken (64 Mio. Euro). 2015 investierte die Stadt Wien rund 1 Million Euro, der ORF kam mit rund 15 Mio. Euro aus.

Stimmungstest für den Song Contest

Innsbrucker Gemeinderat lotet aus, was Mega-Event bedeuten könnte.

Eine seit Jahren darbende Kulturszene, aber maximaler Aufwand für eine wahrscheinlich erfolgreiche Bewerbung für den Song Contest: In diesem Spannungsfeld wird sich die Debatte im Innsbrucker Gemeinderat am Mittwoch bewegen. Die Liste Fritz macht das politische Sing-Sang zum Thema einer Aktuellen Stunde: „Kann und soll sich Innsbruck den Song Contest (ESC) leisten?“, lautet die Fragestellung. Wie berichtet hat sich BM Johannes Anzengruber bereits klar für eine Be-

werbung ausgesprochen und auch schon erste Weichen gestellt, inwieweit die Koalitionspartner SPÖ und Grüne da eingebunden waren, ist noch unklar. Fakt ist: Die Tursky-Fraktion Das Neue Innsbruck wäre mit an Bord, spricht aber von einem „bisher chaotischen Vorgehen“.

Weiters wird eine Ausdünnung des Öffi-Angebotes in Innsbruck für Debatten sorgen. Der bereits seit längerem reduzierte Fahrplan auf mehreren Linien soll vorbehaltlich einer Beratung im heutigen Stadt-



Foto: Christof Birbaumer

In Innsbrucks Gemeinderat zeichnet sich eine Mehrheit für den ESC ab – wenn sich BM Anzengrubers Koalition einig ist.

senat bis Dezember 2025 verlängert werden. Grund ist offenbar Personalmangel bei den Verkehrsbetrieben. Die Stadt spart sich dabei auch einiges an Geld.

Allerdings hat die Stadtregierung erst im März dieses Jahres eine neue Buslinie D Mühlau/Arzl ins Leben gerufen und drei Busse angekauft. **Philipp Neuner**

Kritik an Hotel-Projekt in Oetz

Liste **Fritz**-Klubobmann und Landtagsabgeordneter Markus Sint sprach mit betroffenen Anrainern

(RS) Am vergangenen Freitag besuchte Liste **Fritz**-Klubobmann Markus Sint die Gemeinde Oetz, um sich ein Bild von der Situation rund um das geplante Hotelprojekt oberhalb der Oetzer Pfarrkirche zu machen. Anlass war die Kritik aus der Bevölkerung: Mehr als 500 Menschen haben im Rahmen eines Einspruchs im Widmungsverfahren eine Redimensionierung des Projekts gefordert. Sint traf sich mit zahlreichen betroffenen Anrainern aus den Weilern Schrofen und Kircheben, die sich insbesondere durch die geplanten Dimensionen des Vorhabens belastet sehen.

„Die Größe des Hotelprojekts sowie die geplante Reithalle mitsamt Pferdestallungen sind für die angrenzenden Ortsteile nicht tragbar“, so Markus Sint. Viele Bürger würden eine fortschreitende Entwicklung in Richtung reiner Tourismus-Investitionsobjekte ohne Rücksicht auf das soziale und infrastrukturelle Gefüge des Dorfes befürchten. Neben den ökologischen und sozialen Bedenken werfen Kritiker dem Projekt auch eine hohe finanzielle Belastung der öffentlichen Hand vor. Der Bau des Hotels mit 150 Betten, etwa 50 Personalwohnungen sowie Reitsporteinrichtungen werde erhebliche infrastrukturelle Maßnahmen

erfordern. Besonders die Wasserversorgung gelte als kritischer Punkt, der die Gemeinde vor große Herausforderungen stellen könnte. Zudem geraten auch die Entwicklungen am Immobilienmarkt unter die Lupe. Der zunehmende Bau von Tourismusimmobilien führt laut Anrainern zu einer weiteren Verdrängung von dauerhaftem Wohnraum. Das Projekt könnte diesen Trend nochmals beschleunigen. Im Ort wird zunehmend der Wunsch laut, dass das Projekt nicht durchgedrückt, sondern grundlegend überarbeitet wird. Markus Sint betont, dass die Gemeinde im Rahmen der örtlichen Raumordnung und der Widmungshoheit



Liste **Fritz**-Klubobmann und Landtagsabgeordneter Markus Sint (rechts) im Austausch mit dem Oetzer Gemeinderat Bernhard Friedle in Kircheben und Schrofen.

Foto: Clemens Kolm

alle Möglichkeiten habe, Einfluss auf Größe und Ausgestaltung des Projekts zu nehmen. Er fordert, bei einem Vorhaben dieser Größenordnung sei besondere Sorgfalt geboten: „Verkehrs- und Umweltgutachten müssen eingeholt, wirtschaftliche Finanzierungsnachweise offengelegt

und die tatsächlichen Auswirkungen auf Bevölkerung und Infrastruktur berücksichtigt werden.“ Am 2. Juni soll eine Informationsveranstaltung des Bürgermeisters und dem Projektbetreiber stattfinden. Die Anrainer hoffen dabei auf Mitsprache und einen transparenten Planungsprozess.

Projektwerber startet neuen Anlauf

Neues Ansuchen für Geflügelhof mit 1.000 Puten im Weiler Wald in Obsteig eingereicht

In dem zur Gemeinde Obsteig gehörenden Weiler Wald plant ein junger Landwirt, einen Geflügelmastbetrieb zu errichten. Das Vorhaben stößt seit Beginn auf heftigen Widerstand der Anrainer. Nachdem der Verfassungsgerichtshof in diesem Jahr die Flächenwidmung aufgehoben hat, hat der Projektwerber ein neues Ansuchen eingereicht, wie Bürgermeister Erich Mirth bestätigt. Die Gemeinde steht somit erneut vor der Herausforderung, die Interessen des Projektwerbers und die Bedenken der Bevölkerung abzuwägen.

Von Martin Grüneis

Im Juni 2021 hatte der Gemeinderat von Obsteig eine Fläche im Landschaftsschutzgebiet des Weilers Wald umgewidmet. Gegen diese Entscheidung legten Anrainer Beschwerde ein. Daraufhin beauftragte das Landesverwaltungsgericht (LVwG) den Verfassungsgerichtshof (VfGH) mit einer Prüfung. Dieser kam zu dem Schluss, dass die Widmung schon mangels ausreichender Grundlagenforschung aufzuheben sei. Der Projektwerber hatte bereits auf eigenes Risiko mit den Arbeiten begonnen. Nun hat er ein neues Ansuchen eingereicht, das eine Begrenzung auf 1.000 Puten vorsieht – ein Bruchteil dessen, was die Fläche hergeben würde (das Gericht stellte

nämlich fest, dass es möglich ist, auf der Widmungsfäche einen Stall für über 4.000 Puten zu errichten). Als Nächstes müssen die erforderlichen Gutachten eingeholt werden. Dabei sollen bestehende Gutachten überprüft und bei Bedarf angepasst bzw. neue in Auftrag gegeben werden. Die zur Verfügung stehende Zeit ist allerdings begrenzt. Die Widmung ist innerhalb von sechs Monaten aufzuheben. Sobald alle Unterlagen vorliegen, beabsichtigt die Gemeinde, „sachlich und objektiv zu beurteilen“, so Bürgermeister Erich Mirth gegenüber der RUNDSCHAU. Anschließend muss der Gemeinderat erneut über die Sonderwidmung abstimmen. Der Wortlaut der Widmung wird jedenfalls die Tierart und die Anzahl der Tiere festlegen.



Geplanter Geflügelhof im Weiler Wald in Obsteig: Nach Aufhebung der Widmung durch den Verfassungsgerichtshof liegt nun ein neues Ansuchen vor.

NUTZUNGSKONFLIKTE VERMEIDEN, STATT ZU SCHAFFEN. „Es ist absolut nicht üblich, sondern etwas ganz Außergewöhnliches, dass der Verfassungsgerichtshof eine Widmung der Gemeinde, die von der Landesregierung bestätigt wurde, als – wörtlich – ‚gesetzwidrig‘ aufhebt“, so Markus Sint, Klubobmann Liste **Fritz**. „Es ist der falsche Weg, sich ins Hinterzimmer zu verziehen und im Geheimen eine neue Widmung auszuschnapsen. Im Gegenteil, es braucht Weitsicht. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um einen passenden

Standort für den Geflügelmastbetrieb zu suchen und zu finden. Abseits einer Wohnsiedlung, wo Menschen mit Lärm, Gestank und viel zusätzlichem Verkehr über eine schmale Zufahrtsstraße belastet werden.“ Sint warnt davor, dieselbe Widmung mit einer auf 1.000 Stück begrenzten Anzahl von Tieren, als Lösung zu verkaufen. Mit einer Landtagsanfrage fordert die Liste **Fritz** volle Aufklärung und hat dazu 25 Fragen an Landeshauptmann Anton Matzle sowie Landeshauptmann-Stellvertreter Josef Geisler übermittelt.

Sind 1.000 Puten

Nachdem die Widmung für die Geflügelfarm in Obsteig aufgehoben wurde, hat der Bauherr nun erneut angesucht.

VON AGNES DORN

OBSTEIG. Der geplante Bau einer Geflügelfarm im Obsteiger Weiler Wald war von Anfang an von massivem Widerstand begleitet. Hatten zunächst die Anrainer jahrelang gegen das Bauprojekt im Landschaftsschutzgebiet angekämpft und auch gegen die vom Gemeinderat beschlossene Genehmigung protestiert, wurde die Widmung schließlich vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben.

Trotz Einspruches des Verwaltungsgerichtshofs hatte der Bauherr bereits mit dem Bau gestartet. Nach dem Urteil des Verfassungsgerichtshof hat die Gemeinde nun ein halbes Jahr Zeit,



Nun soll der Gemeinderat über eine Widmung für einen Stall mit 1.000 Stück Puten entscheiden.

Symbolbild pixabay

die fehlenden Gutachten nachzureichen. Dem Gemeinderat hätten beim damaligen Beschluss nämlich ausreichende Entscheidungsgrundlagen gefehlt, unter anderem in Bezug auf „Vermeidung von Nutzungskonflikten, die Wasserversorgung, den Schutz des Landschaftsbildes, die Bewahrung erhaltenswerter natürlicher oder naturnaher Landschaftse-

mente und Landschaftsteile und der verkehrsmäßigen Erschließung.

Neuer Antrag auf Widmung

Nachdem das Land Tirol die Flächenwidmung bereits aufgehoben hat, hat der Projektwerber nun erneut einen Antrag an die Gemeinde gestellt, wie Bürgermeister Erich Mirth bestätigt.

bekömmlicher?

Dieses Mal mit einer Reduktion der Stückzahl der Puten auf 1.000 Stück. Die Gemeinde muss sich nun um die notwendigen Gutachten kümmern, sprich die bisherigen Gutachten bestätigen bzw. abändern lassen und neue in Auftrag geben. „Wir holen die Gutachten ein und diskutieren das Projekt dann wieder“, sieht der Dorfchef sich nun in den nächsten Monaten gefordert. Der Gemeinderat muss dann erneut über die Sonderwidmung abstimmen.

Auf den Bebauungsplan hat die Änderung der Widmung übrigens keinen Einfluss. Im Fall einer neuerlichen Widmung dürften dann halt nur noch 1.000 Puten in das über eine Gesamtnutzfläche von 1.300 Quadratmeter verfügende Stallgebäude. Diesen abzuändern sieht der Bürgermeister keine Notwendigkeit, da im bestehenden Bebauungsplan schon so strenge Festlegungen wie in kaum einem anderen Fall zur Anwen-

dung gekommen seien. Die Liste Fritz hat nun einen 25 Fragen umfassenden Antrag an die Landesregierung gestellt und fordert volle Aufklärung der Causa, darunter die Beantwortung der Frage wie es damals zu der aufsichtsbehördlichen Genehmigung überhaupt kommen konnte.

Behördliche Fehlentscheidung?

„Da müssen sich Landesrat Geisler und Landeshauptmann Mattle erklären, wie so eine Fehlentscheidung passieren kann. Hätten sich die Anrainer und Bürger nicht gewehrt, wäre die behördliche Fehlentscheidung besiegelt gewesen. So ein eklatantes Versagen auf dem Rücken der Bevölkerung darf nicht wieder passieren“, stellt Landtagsabgeordneter Markus Sint klar. Dass der Bauherr nun erneut um eine Widmung, dieses Mal mit reduzierter Stückzahl an Puten, ansucht, ist für den Klubobmann bedenklich und er warnt

vorden Folgen: „Hände weg vor so einer Schnell-Schnell-Lösung. Probleme wie die Emissionen oder der tagtägliche Nutzungskonflikt mit den Nachbarn würden auch bei einer Reduktion der Stückzahl bleiben. Jetzt wäre ein guter Zeitpunkt einen anderen Standort für den Betrieb zu suchen.“

Einen Abrissbescheid für die bereits umgesetzten Arbeiten wird die Gemeinde übrigens vorerst keinen erlassen. Denn, so der Bürgermeister, es mache wenig Sinn, jetzt etwas abreißen zu lassen, was dann später doch gebaut wird.

UMFRAGE DER WOCHE

 Die Umfrage zum Thema finden Sie auf MeinBezirk.at/Imst





Agnes Dom
redaktion@st
menbezirk.at

KOMMENTAR

Konflikte bleiben vorprogrammiert

Wer glaubt, dass sich die AnrainerInnen des umstrittenen Bauprojekts im Obsteiger Weiler Wald mit einer Begrenzung der Stückzahl im Rahmen der Widmung zufriedengeben werden, kann im besten Fall als gutgläubig bezeichnet werden. Schon bevor die Gemeinde das Bauansuchen überhaupt zu prüfen begonnen hat, werden Gegenstimmen laut. Auch 1.000 Puten würden gewaltige Emissionen in Form von Lärm, Fäkalien und Staub verursachen, so die Bedenken. Außerdem würde die Widmung nichts an der Größe des bereits genehmigten Betriebsgebäudes ändern, das immerhin für die vierfache Menge an Geflügel ausgerichtet ist. Wenn also die Gemeinde dem Ansuchen stattgibt, nimmt sie in Kauf, dass auch weiterhin im Weiler Wald massive Nachbarschaftsstreitigkeiten bestehen werden. Die Behörden wären dann außerdem zum Beispiel gefordert, bei Beanstandung die Gegebenheiten auf der Farm zu überprüfen. Sollte das Projekt genehmigt werden, würde mit ziemlicher Sicherheit einer Flut von Anzeigen und Beanstandungen Tür und Tor geöffnet. Ob das im Sinne der Kommune ist, bleibt fraglich.

Schwarzbau: Uhr für Abriss tickt

Ob Natterer Seecamping den behördlich angeordneten Rückbau etlicher Lodges bekämpft, ist offen. Ruf nach Konsequenzen wird laut.

Von Max Strozzi

Natters – Rund 20 Lodges hat das Fünf-Sterne-Seecamping in Natters vor knapp sieben Jahren ohne Genehmigung im Freiland errichtet. Nun hat die BH Innsbruck dem Campingunternehmen von Wirtschafts-

den Unterbauten bis Ende November entfernt werden. Bringt das Seecamping Beschwerde gegen den Bescheid ein, dürfte sich auch die Frist für einen etwaigen Rückbau nach hinten verschieben.

„Mit der Entscheidung, die Unterkünfte illegal auf Freiland zu errichten, hat sich das Seecamping selbst geschadet und anderen Tourismuseinrichtungen einen Bärendienst erwiesen“, kritisiert Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint. „Sachlich Informierte und ÖVP-Funktionäre wie Herr Giner müssen wissen, dass diese Schwarzbauten nicht korrekt sind. Das schlechte Image, wonach sich einige Tourismusbetriebe immer wieder nicht an Gesetze halten, wird damit verstärkt“, so Sint.

FPÖ-Mandatar Alexander Gamper fordert von Wirt-

„*Das schlechte Image, wonach sich einige Tourismusbetriebe nicht an Gesetze halten, wird damit verstärkt.*“

Markus Sint (Liste Fritz)

kammer-Spitzenfunktionär und Branchensprecher Georg Giner angeordnet, die betroffenen Unterkünfte zu entfernen und den ursprünglichen Zustand des betroffenen Campingplatz-Areals wieder herzustellen. Noch ist der Rückbau-Bescheid der BH von Anfang Mai nicht rechtskräftig. Gegen den Bescheid kann binnen vier Wochen eine Beschwerde beim Landesverwaltungsgericht eingebracht werden, teilt das Land auf TT-Anfrage mit. Ob der Tourismusbetrieb den Bescheid bekämpfen will, ist offen. Geschäftsführer Georg Giner reagierte zuletzt nicht auf TT-Anfragen.

Frist bis Ende November

Sollte der Bescheid binnen vier Wochen rechtskräftig werden, tickt die Uhr. Wie die TT erfuhr, müssten dann die betroffenen Lodges samt

„*Wer ohne Genehmigung Lodges aufstellt, missbraucht auch das Vertrauen, das einem in öffentlichen Ämtern entgegengebracht wird.*“

Alexander Gamper (FPÖ)

schaftskammerpräsidentin Barbara Thaler, Giner aus der Wirtschaftskammer zu komplimentieren. Wer „offenbar in vollem Bewusstsein ohne Genehmigung Lodges aufstellt, missbraucht auch das Vertrauen, das einem in öffentlichen Ämtern entgegengebracht wird“, so Gamper.

Aus Waldhütte wurde ein Chalet: Land prüft

1003 EU-Bürger gaben 2024 Erklärung ab, dass sie ihre erworbene Immobilie nicht als Freizeitwohnsitz nutzen.

Von Peter Nindler

Innsbruck, Aurach – Viele Bürger aus anderen EU-Ländern wollen in Tirol nicht nur Urlaub machen, sondern immer öfter diesen in dafür eigens erworbenen Immobilien verbringen. Die 16.369 Freizeitwohnsitze sind deshalb heiß begehrt, neue werden kaum noch gewidmet. Die Dunkelziffer jener Wohnungen und Häuser, die illegal zu Ferienzwecken genutzt werden, schätzen Experten wiederum auf 10.000.

So haben im Vorjahr 213 Bürger aus anderen EU-Ländern – vornehmlich aus Deutschland – Baugrundstücke in Tirol erworben. Das war um 48 Prozent mehr als 2023. Bei den bebauten Flächen (Wohnungen, Appartements, Häuser) gaben 1003 Käufer an, dass sie damit keinen neuen Freizeitwohnsitz schaffen werden. Sie müssen die Immobilie entweder selbst als Hauptwohnsitz verwenden oder vermieten. Die Kontrolle ist jedoch aufwän-

dig und äußerst zeitintensiv. Die Zahlen aus dem Bericht zur Lage des Grundverkehrs 2024 bestätigen den Trend aus den Vorjahren, Tirol rückt weiter in die europäische Auslage. Das hat natürlich massive Auswirkungen auf die Grundstücks- und generell auf die Immobilienpreise.

„Der Verknappung der endlichen Ressource Dauersiedlungsraum Tirol und den stark steigenden Preisen am Bodenmarkt kann durch die Instrumente des Grundverkehrs eingeschränkt begegnet werden“, lautet die zwiespältige Analyse im Grundverkehrsbericht.

Die Möglichkeiten sind begrenzt, umso mehr verwundert der Ausbau einer als Freizeitwohnsitz gewidmeten 35 Quadratmeter großen Waldhütte im Freiland zu einem Luxus-Chalet mit 172 Quadratmetern Wohnfläche. Ursprünglich wurde das Häuschen um 320.000 Euro verkauft, nach dem Umbau erwarb es ein bekannter Vorstand eines deutschen Technologieunternehmens um 5,45 Mio. Euro. Der

Grundverkehr

1866 Baugrundstücke wechselten im Vorjahr den Besitzer. 244 Käufer kommen aus anderen EU-Staaten.

Druck auf Höfe: In 58 Rechtserwerben an Land- und Forstwirtschaften waren ebenfalls EU-Bürger beteiligt.

1003 Käufer (Nicht-Tiroler) erklärten, ihre gekauften Immobilien nicht als Freizeitwohnsitz zu nutzen.

Freizeitwohnsitz wurde als Einliegerwohnung in das neue Gebäude integriert. Für Ferienaufenthalte in Aurach kann sich der Manager nur dort aufhalten, allerdings nicht in den anderen luxuriös ausgestatteten Räumen.

Ausbau gerät ins Visier

Wie dieser großzügige Ausbau und die Ausführung überhaupt möglich waren, prüft jetzt das Land Tirol. Der Baubescheid der Gemeinde Aurach wurde angefordert. Liste-Fritz-Klubobmann Markus Sint geht davon aus, dass der kleine legale Freizeitwohnsitz zum Türöffner für den Freizeitwohnsitz im Luxus-Chalet wird. „Eine hausgemachte Variante, um die Tiroler Freizeitwohnsitzgesetze zu umgehen. Es sind solche Bürgermeister, die so etwas genehmigen und sich dann über die Kontrolle von Freizeitwohnsitzen beschweren.“ Eine Kontrolle eines widmungskonformen Verwendungszwecks sei schließlich kaum möglich, heißt es auch im Land.

Der Auracher Bürgermeister Andreas Wurzenrainer, der im Mai 2023 den Neubau der Waldhütte genehmigt hat, war bisher für eine Stellungnahme nicht erreichbar.

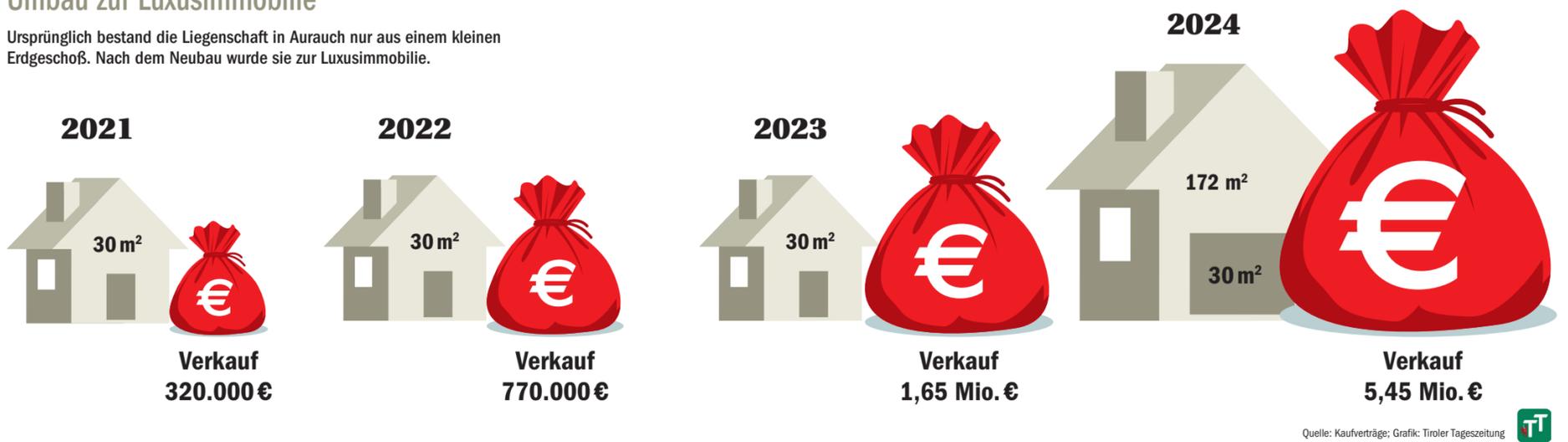


Im Bezirk Kitzbühel haben alleine im Vorjahr 314 Bürger aus anderen EU-Ländern Immobilien erworben.

Foto: Rita Falk

Umbau zur Luxusimmobilie

Ursprünglich bestand die Liegenschaft in Aurach nur aus einem kleinen Erdgeschoß. Nach dem Neubau wurde sie zur Luxusimmobilie.



Aus Hütte im Wald wird Luxus-Chalet

Innerhalb von vier Jahren wurde ein kleines Häuschen im Freiland viermal verkauft. Jetzt ist der Freizeitwohnsitz eine Einliegerwohnung in einem neu gebauten Luxus-Chalet. Ein deutscher Top-Manager hat es erworben.

Von Peter Nindler

Aurach – Aus einer kleinen 30 Quadratmeter großen, nur aus einem Erdgeschoß bestehenden Liegenschaft im Freiland wird innerhalb von drei Jahren eine Luxus-Immobilie. Solche Geschichten werden vorwiegend in der Region Kitzbühel geschrieben. Wie jetzt in Aurach.

Just für die kleine „Hütte“ hat die Gemeinde Aurach 2012 die Zulässigkeit zur Verwendung eines Freizeitwohnsitzes bescheidmäßig festgestellt. Sie

wurde dann 2023 abgerissen, auf dem Grundstück (202 Quadratmeter) ein Luxus-Chalet mit einer Wohnnutzfläche von 172 Quadratmetern in „massiver Bauweise“ errichtet und der gewidmete Freizeitwohnsitz als Einlieger-Wohnung in das neue Gebäude integriert. Mit drei Schlafzimmern inklusive „Bad en Suite“, komfortablen Terrassen- und Balkonflächen, Wellnessbereich mit Relaxzone und Sauna sowie einem hochwertigen Weinraum wurde das Landhaus schließlich angepriesen.

Erworben hat die Villa im Wald im Vorjahr der Vorstand eines deutschen Technologiekonzerns um 5,45 Mio. Euro. Sollte er in Aurach nicht seinen Hauptwohnsitz begründen, darf er nur die kleine Einlieger-Wohnung zu Ferienzwecken nützen. Für die restliche Wohnfläche hat der Manager nämlich eine Erklärung abgegeben, dass „durch den beabsichtigten Rechtserwerb“ kein neuer Freizeitwohnsitz geschaffen wird.

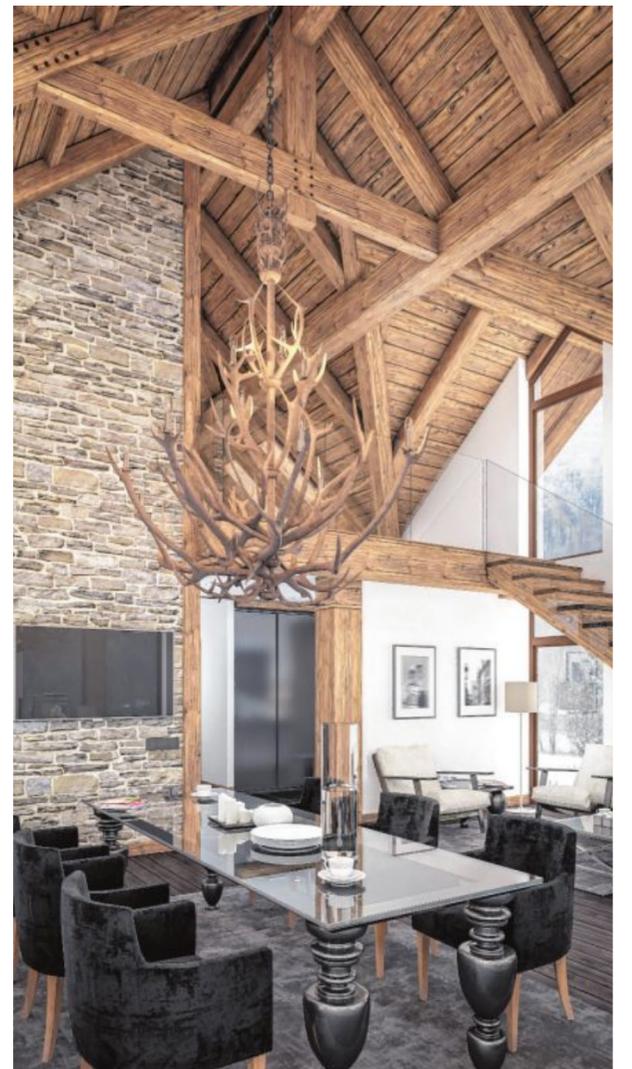
Der Klubchef der Liste Fritz, Markus Sint, der bei Recher-

chen über Freizeitwohnsitze auf diesen Fall gestoßen ist, empfindet es als unverschämmt, „wie die Tiroler Bevölkerung für dumme verkauft wird und wie der Bürgermeister als Baubehörde sich ein solches Märchen erzählen lassen kann“. Nach dem Abbruch erteilte der Bürgermeister im Mai 2023 die Bewilligung für den größeren Neubau. Für eine Stellungnahme war BM Andreas Wurzenrainer nicht erreichbar.

Ferientsitz als Goldnugget

Für Sint ist es lebensfremd, dass der Top-Manager in seine 30 Quadratmeter große Einliegerwohnung nach Aurach fährt und den Rest des Luxus-Chalets dann nicht nutzt. „Der kleine legale Freizeitwohnsitz wird so zum Türöffner für den Freizeitwohnsitz im Luxus-Chalet. Eine hausgemachte Variante, um die Tiroler Freizeitwohnsitzgesetze möglicherweise zu umgehen.“

Im Nachhinein erweist sich der 2012 festgestellte kleine Freizeitwohnsitz im Freiland als wahres Goldnugget. „Dieser Deal zeigt, wie in Aurach aus einem Häuschen im Wald ein Luxus-Chalet wird, wie der Ausverkauf Tirols funktioniert und wie mit Grund und Boden sowie Freizeitwohnsitzen im Land Millionen geschaffelt werden“, nimmt der Liste-Fritz-Klubchef einmal mehr die Bodenpolitik der Regierung in die Pflicht.



Mit Luxus wurde beim Neubau der ursprünglich einfachen Hütte wie bei diesem Chalet (Symbolfoto) nicht gespart. Foto: iStock

Preissprung auf 5,45 Mio. Euro

Aurach – Der Verkaufspreis des Bestandsgebäudes mit 30 Quadratmeter Wohnfläche beginnt im März 2021. Und wohl auch die Spekulation. Der aus Wien stammende Besitzer veräußert es um 320.000 Euro an ein Ehepaar aus Bayern. Doch bereits eineinhalb Jahre später haben diese das Interesse an dem kleinen Anwesen im Wald offenbar verloren.

Im September 2022 wurde ein Kaufvertrag aufgesetzt und das kleine Gebäude um jetzt 770.000 Euro an die Feysinger Bauträger GmbH verkauft. Wenige Monate später erfolgte Anfang 2023 die Veräußerung an die Feysinger Lodges GmbH.

Der Verkaufspreis hatte sich auf 1,665 Mio. Euro mehr als



Foto: Daniel Liebl

„Obwohl sich nichts verändert hat, ist der Kaufpreis in zwei Jahren um das Fünffache gestiegen.“

Markus Sint/Liste Fritz (Klubobmann)

verdoppelt. Nach dem Neubau mit Einliegerwohnung (Freizeitwohnsitz) erzielte die Luxus-Immobilie 2024 schließlich einen Erlös von 5,45 Millionen Euro.

„Obwohl sich am kleinen Grundstück samt kleinem Freizeitwohnsitz vorerst nichts verändert hat, ist der Kaufpreis in knapp zwei Jahren um das Fünffache explodiert“, kritisiert der Klubchef der Liste Fritz, Markus Sint. So gehe Millionen scheffeln für einige wenige, so würden Grundstücks- und Wohnungskosten aber für alle Einheimischen steigen. „Und so geht auch der Ausverkauf Tirols weiter.“ (pn)

Auftrag angenommen, aber „Mission: Impossible“

Ab heute Abend gilt's: Siegen oder fliegen heißt die Devise für LR Mario Gerber bei der Reform der Innsbrucker Volkspartei.

Innsbruck – Will LR Mario Gerber als neuer Innsbrucker ÖVP-Chef nicht sofort zwischen allen Stühlen sitzen,



Hintergrund

Von Peter Nindler
peter.nindler@tt.com

muss er beginnend mit seiner Wahl heute Abend bereits klare Kante zeigen. Das heißt, der bisher glücklosen bürgerlichen Gruppierung „Das Neue Innsbruck“ den ÖVP-Stempel aufdrücken sowie eine Abkehr

von der Totalopposition gegenüber Bürgermeister Johannes Anzengruber einleiten.

Der Konflikt mit Bündnispartner „Für Innsbruck“ und Ex-Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer ist damit programmiert. Allerdings auch mit jenen Innsbrucker ÖVP-Funktionären, die bei Gerber nicht mehr erste Wahl sind. Ein Zerbrechen der bürgerlichen Zweckgemeinschaft während der Gemeinderatsperiode bis 2030 kann allerdings keine Option sein, dann spielt die ÖVP in der Innsbrucker Tagespolitik nämlich überhaupt keine Rolle mehr.



Heute steigt Gerber (r.) in die Riege der Chefs in der ÖVP neben Landesparteiobmann Mattle (l.) und Bundesparteiobmann Stocker auf. Foto: APA/Groder

Gerber hat deshalb viel zu verlieren, zumal die politische Antriebsfeder von Oppitz-Plörer von Rache geprägt wird. Vor der Gemeinderatswahl 2024 bekam dies Georg Willi (Grüne) zu spüren, der sie aus

dem Amt bugsirt hatte. Seit der Innsbruck-Wahl nimmt sie Anzengruber ins Visier, der „Das Neue Innsbruck“ an die Wand gespielt hat. Und gegenüber Gerber wettet Oppitz-Plörer wegen dessen ge-

fordertes Kurskorrektur in der Stadtpolitik ebenfalls bereits die politischen Messer.

Andererseits benötigt der Wirtschafts- und Tourismuslandesrat jedoch außerhalb der Regierung so etwas wie politisches Gewicht. Obwohl Wirtschaftskammerpräsidentin Barbara Thaler bei der Ablöse ihrer Bezirksobleute von Kufstein und Kitzbühel nicht gerade strategisch klug vorgegangen ist: Sie rittert nach wie vor mit LR Cornelia Hagele um die Nummer zwei in der Tiroler VP hinter Parteichef und Landeshauptmann Anton Mattle. Gerber hat hier

Boden verloren, mit Innsbruck könnte er aufholen. Oder sich endgültig aus dem Rennen verabschieden, sollte er in der Stadt-ÖVP scheitern.

Mattle wird die ÖVP mit Sicherheit in die Landtagswahl 2027 führen, nächstes Jahr werden dafür die Weichen gestellt. Gerber bleibt nicht mehr viel Zeit. Vorerst muss er den von seinen Gegnern absichtlich weggeworfenen Bananenschalen ausweichen, um nicht auszurutschen. Trotzdem sieht alles ein wenig nach einer „Mission: Impossible“ aus, doch Gerber hat den Auftrag bewusst angenommen.

Land fehlt das Geld für Gehälter-Reform

Antrag für Vereinheitlichung der Entlohnungssysteme in Gesundheitsberufen ging in AK-Vollversammlung nur mit schwarz-blauen Stimmen durch. Land in Budgetzwängen.

Von Manfred Mitterwachauer

Innsbruck – Letztlich war von einer Einstimmigkeit auf der AK-Vollversammlung am Freitag keine Spur. Die Forderung von AK-Präsident Erwin Zangerl, an den Tirol Kliniken gesetzlich alle MitarbeiterInnen von Gesundheitsberufen im Entlohnungssystem alt ins System neu zu überführen, fiel lediglich bei seiner eigenen Fraktion (AAB-FCG) und den Freiheitlichen auf fruchtbaren Boden. Eine Mehrheit hatte der Antrag damit dennoch locker. Grüne, FSG, Linke und Parteifreie stimmten dagegen. Hauptkritikpunkt der Antragsgegner: das Ausklammern der Bezirkskrankenhäuser. Zangerl kommentierte dies mit „Parteitaktik“: „Alles auf einmal geht nicht.“ Bereits im Vor-

„Macht Jakob Wolf Mattle und Hagele weiterhin die Mauer oder kommt er endlich seiner Aufgabe als AAB-Obmann nach?“

Petra Wohlfahrtstätter
(Gesundheitssprecherin Grüne)



„Derzeit ist keine Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen und der budgetären Situation absehbar.“

Cornelia Hagele
(Gesundheitslandesrätin, VP)

feld hatte Zangerl angekündigt, hier „Schritt für Schritt“ vorgehen zu wollen.

Noch am Montag wird Zangerl den Antrag allen Landtagsklubs übermitteln. Wie berichtet, will Zangerl damit das Zwei-Klassen-System in den Gesundheitsberufen beenden. Und damit den – trotz jüngster Reformen – anhaltenden Streit um faire und unfaire Entlohnung beenden.

Eine schnelle Lösung dürfte im Landhaus aktuell nicht in

Sicht sein. Das Land muss sparen. Eine gesetzliche Überführung aller „Alt-Verträge“ an den Landeskrankenhäusern ins Entlohnungssystem neu würde aber Finanzmittel binden, welche das Land aktuell nicht aufbringen könne, heißt es. Auch Gesundheitslandesrätin Cornelia Hagele (VP) lässt dies durchblicken: „Wir arbeiten daran, die bestehenden Strukturen weiterzuentwickeln, den Pflegealltag zu verbessern und das Personal bestmöglich zu unterstützen.“ Eine unmittelbare Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen und der budgetären Situation sei aber „derzeit nicht absehbar“. Zumindest sei die AK-Klage gegen die Tirol Kliniken abgewendet, so Hagele: „Gemeinsam mit Zangerl habe ich mich für eine raschere

„Wir fordern seit Monaten, dass das Optionsfenster wieder geöffnet wird. Es braucht ein faires Gehaltssystem.“

Andrea Haselwanter-Schneider
(Liste-Fritz-Parteiobfrau)

AK: Nächtigungs-Euro für Gratis-VVT

Innsbruck – Im Rahmen der AK-Vollversammlung am Freitag wurde auch ein Antrag für ein kostenloses Öffi-Angebot verabschiedet. AK-Präsident Erwin Zangerl will demzufolge mittels einer neuen zweckgebundenen Nächtigungsabgabe im Tourismus die öffentliche Mobilität in Tirol finanzieren. Diese solle zusätzlich zur bereits geltenden Tourismusabgabe eingehoben werden. „Dieses neue solidarische Finanzierungsmodell wäre zielgerichtet und sach-

gerecht, da der Tourismus ja auch in hohem Maß von einem gut funktionierenden ÖPNV profitiert“, so Zangerl. Die Landesregierung solle deshalb umgehend eine gesetzliche Grundlage hierfür prüfen. Zangerl schweben rund zwei Euro pro Nacht vor. Damit könnten pro Jahr rund 97,5 Mio. Euro lukriert werden, was laut Zangerl in etwa den aktuellen Ticketerlösen durch VVT-Stammkunden entspräche. Das würde die TirolerInnen entlasten. (mami)

rechtliche Prüfung der Umstufungen im Gehaltssystem eingesetzt.“

Dass man sich in der AK-Vollversammlung gegen Zangerls Antrag gestellt habe, begründen die Grünen damit, dass es jedem Mitarbeiter selbst überlassen bleiben solle, welches Gehaltssystem für ihn mehr Vorteile biete. Da die schwarz-rote Landesregierung aber ein neues Optionsfenster nicht öffnen wolle, würde „ein Großteil der Pflegekräfte in den Altverträgen gefangen gehalten“, so Landtagsabgeordnete Petra Wohlfahrtstätter. Sie sieht auch AAB-Chef Jakob Wolf gefordert. Liste-Fritz-Chefin Andrea Haselwanter-Schneider betont, stets ein neues Optionsfenster eingefordert zu haben – bis dato vergeblich.



Die beiden Gehaltssysteme in den Gesundheitsberufen stehen in der Kritik: Eine Rettungsaktion wird gefordert. Foto: Böhm

Land fehlt das Geld für Gehälter-Reform

Antrag für Vereinheitlichung der Entlohnungssysteme in Gesundheitsberufen ging in AK-Vollversammlung nur mit schwarz-blauen Stimmen durch. Land in Budgetzwängen.

Von Manfred Mitterwachauer

Innsbruck – Letztlich war von einer Einstimmigkeit auf der AK-Vollversammlung am Freitag keine Spur. Die Forderung von AK-Präsident Erwin Zangerl, an den Tirol Kliniken gesetzlich alle MitarbeiterInnen von Gesundheitsberufen im Entlohnungssystem alt ins System neu zu überführen, fiel lediglich bei seiner eigenen Fraktion (AAB-FCG) und den Freiheitlichen auf fruchtbaren Boden. Eine Mehrheit hatte der Antrag damit dennoch locker. Grüne, FSG, Linke und Parteifreie stimmten dagegen. Hauptkritikpunkt der Antragsgegner: das Ausklammern der Bezirkskrankenhäuser. Zangerl kommentierte dies mit „Parteitaktik“: „Alles auf einmal geht nicht.“ Bereits im Vor-



Foto: Falk

„Derzeit ist keine Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen und der budgetären Situation absehbar.“

Cornelia Hagele
(Gesundheitslandesrätin, VP)

feld hatte Zangerl angekündigt, hier „Schritt für Schritt“ vorgehen zu wollen.

Noch am Montag wird Zangerl den Antrag allen Landtagsklubs übermitteln. Wie berichtet, will Zangerl damit das Zwei-Klassen-System in den Gesundheitsberufen beenden. Und damit den – trotz jüngster Reformen – anhaltenden Streit um faire und unfaire Entlohnung beenden.

Eine schnelle Lösung dürfte im Landhaus aktuell nicht in

Sicht sein. Das Land muss sparen. Eine gesetzliche Überführung aller „Alt-Verträge“ an den Landeskrankenhäusern ins Entlohnungssystem neu würde aber Finanzmittel binden, welche das Land aktuell nicht aufbringen könne, heißt es. Auch Gesundheitslandesrätin Cornelia Hagele (VP) lässt dies durchblicken: „Wir arbeiten daran, die bestehenden Strukturen weiterzuentwickeln, den Pflegealltag zu verbessern und das Personal bestmöglich zu unterstützen.“ Eine unmittelbare Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen und der budgetären Situation sei aber „derzeit nicht absehbar“. Zumindest sei die AK-Klage gegen die Tirol Kliniken abgewendet, so Hagele: „Gemeinsam mit Zangerl habe ich mich für eine raschere

„Wir fordern seit Monaten, dass das Optionsfenster wieder geöffnet wird. Es braucht ein faires Gehaltssystem.“

Andrea Haselwanter-Schneider
(Liste-Fritz-Parteiobfrau)

AK: Nächtigungs-Euro für Gratis-VVT

Innsbruck – Im Rahmen der AK-Vollversammlung am Freitag wurde auch ein Antrag für ein kostenloses Öffi-Angebot verabschiedet. AK-Präsident Erwin Zangerl will demzufolge mittels einer neuen zweckgebundenen Nächtigungsabgabe im Tourismus die öffentliche Mobilität in Tirol finanzieren. Diese solle zusätzlich zur bereits geltenden Tourismusabgabe eingehoben werden. „Dieses neue solidarische Finanzierungsmodell wäre zielgerichtet und sach-

gerecht, da der Tourismus ja auch in hohem Maß von einem gut funktionierenden ÖPNV profitiert“, so Zangerl. Die Landesregierung solle deshalb umgehend eine gesetzliche Grundlage hierfür prüfen. Zangerl schweben rund zwei Euro pro Nacht vor. Damit könnten pro Jahr rund 97,5 Mio. Euro lukriert werden, was laut Zangerl in etwa den aktuellen Ticketerlösen durch VVT-Stammkunden entspräche. Das würde die TirolerInnen entlasten. (mami)

rechtliche Prüfung der Umstufungen im Gehaltssystem eingesetzt.“

Dass man sich in der AK-Vollversammlung gegen Zangerls Antrag gestellt habe, begründen die Grünen damit, dass es jedem Mitarbeiter selbst überlassen bleiben solle, welches Gehaltssystem für ihn mehr Vorteile biete. Da die schwarz-rote Landesregierung aber ein neues Optionsfenster nicht öffnen wolle, würde „ein Großteil der Pflegekräfte in den Altverträgen gefangen gehalten“, so Landtagsabgeordnete Petra Wohlfahrtstätter. Sie sieht auch AAB-Chef Jakob Wolf gefordert. Liste-Fritz-Chefin Andrea Haselwanter-Schneider betont, stets ein neues Optionsfenster eingefordert zu haben – bis dato vergeblich.

Regierung will den Widerständen trotzen

Energierferent Geisler hält an Wind- und Wasserkraft fest. Beschleunigungsgebiete werden bis 2026 festgelegt.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Wasserkraft, Windenergie und Photovoltaik: Diesen Mix aus Erneuerbaren benötigt es, damit Tirol 2020 seinen Energiebedarf aus nachhaltigen Energieträgern decken kann. Doch vor allem gegen den Ausbau der Wasserkraft wie im Kaunertal mit dem neuen Speicher im Platzerl oder gegen Windparks regt sich massiver Widerstand.

So fordern 35 Bürgerinitiativen, Vereine und Naturschutzorganisationen die Absage des „Planungsfossils“ im Kaunertal. Das geplante Pumpspeicherkraftwerk ist für die Landesregierung jedoch ein Eckpfeiler für die angestrebte Energiewende

„Mit Energiesparen alleine werden wir die Energieautonomie nicht erreichen.“

LHStv. Josef Geisler/ÖVP
(Energierferent)

in Tirol. „Mit Energiesparen alleine werden wir die Energieautonomie nicht erreichen“, entgegnet Energierferent und Landeshauptmannstellvertreter Josef Geisler (VP) den Kritikern.

Geisler weist andererseits darauf hin, dass die Errichtung von Kraftwerken und Windrädern natürlich Eingriffe in die Landschaft und Natur bedeutet. „Diese wollen wir jedoch möglichst gering halten. Mit der Umweltverträglichkeitsprüfung gibt es zudem ein strenges Regelwerk, um Beeinträchtigungen von vornherein auszuschließen.“ Gerade Pumpspeicher würden als grüne Batterien einen unverzichtbaren Beitrag zur Netzstabilität und Versorgungssicherheit in Tirol leisten.

Gleichzeitig drängt die EU darauf, Beschleunigungsgebiete für Windparks oder großflächige Photovoltaikanlagen auszuweisen. Tirol wird dafür noch heuer die gesetzliche Grundlage schaffen, bis Februar 2026 müssen dann

die Zonen definiert werden. Sie beinhalten eine Verfahrensbeschleunigung und Genehmigungserleichterungen. Zusätzlich wird den Vorhaben ein überwiegendes öffentliches Interesse zugeschrieben. Die Wirtschaft drängt auf die rasche Umsetzung, ein Knackpunkt ist die Windkraft.

Mit Windenergie könnten 4,9 Prozent des aktuellen Energiebedarfs in Tirol abgedeckt werden. Trotz heftigen Gegenwinds möchte Geisler an Windrädern festhalten. „Wir sind technologieoffen.“ Wegen der Topographie, der Schutzgebiete, Ruhezeiten sowie Vogelzugrouten gebe es einige Ausschlusskriterien. „Dennoch gehe ich davon aus, dass der eine oder andere Windpark realisiert werden kann“, ist Geisler optimistisch.

Vorrang für Photovoltaik

Alleine in Tirol wurden 2024 mehr als 7600 Photovoltaikanlagen neu installiert. Großflächige sind ebenfalls geplant, große PV-Parks allerdings nicht vorgesehen. Geisler: „Wir wollen vorwiegend bereits versiegelte Flächen wie Dächer etc. nutzen.“

Energie-Politik

Konferenz der Landesenergierferenten: Gestern haben die Landesenergierferenten in Wien über den Ausbau der erneuerbaren Energie und über Beiträge der Energieversorger sowie über die Netzkosten diskutiert.

Gewinnabschöpfung: Für Tirols Energierferenten LHStv. Josef Geisler stemmen vor allem die regionalen Energieunternehmen die Energiewende. „Daher sollten mögliche weitere Abschöpfungen seitens des Bundes sorgfältig abgewogen werden – insbesondere mit Blick auf die Versorgungssicherheit und die regionalwirtschaftliche Wertschöpfung.“

Netzkosten: Die östlichen Bundesländer fordern eine österreichweit gerechte Verteilung der Kosten, weil sie in Ober- und Niederösterreich sowie im Burgenland sehr hoch sind. Das lehnt Tirol jedoch ab.



Gegen einen Speicher im Platzerl regt sich heftiger Protest. Mehr als sechs Hektar Moorflächen werden geflutet. Foto: Irene Rapp

Politik in Kürze

Aus für Dieselprivileg gefordert

Das der Schienen-gütertransport auf der Schiene über den Brenner stagniert, hat für NEOS-Klubobfrau **Birgit Obermüller** zwei Gründe: „Die Straße ist aufgrund des Dieselprivilegs zu billig und die Schiene ist zu teuer.“ Einmal mehr fordert die pinke Landespolitikerin die Abschaffung des Dieselprivilegs: „Um den Transit durch Tirol zu verringern, braucht es mehrere Maßnahmen, in erster Linie die Abschaffung des Dieselprivilegs. Der billige Diesel führt nämlich dazu, dass jährlich Hun-

dertausende Lkw unnötige Umwege durch unser Land machen.“

Scharfe Kritik an der von Soziallandesrätin **Eva Pawlata** (SP) geplanten Verschärfung des Mindest-



Obermüller drängt auf Ende der Diesel-Begünstigung. Foto: Rita Falk

sicherungsgesetzes kommt von Grünen-Abgeordneter **Zeliha Arslan**: „Wer in Tirol arm ist, wird misstrauisch beäugt, überwacht und durchleuchtet. Hier spielt der Datenschutz offenbar keine Rolle.“ Wer indes einen Freizeitwohnsitz besitzt oder sein Vermögen in Immobilien parke, „kann sich sicher sein: Hier wird Datenschutz ganz groß geschrieben.“ Dass nun just die SPÖ auf diese Verschärfung dränge, so Arslan, spräche Bände: „Das ist man sonst nur von der FPÖ gewohnt.“ (pn, mami)